



Dokumentation

**Zur Haltung der Türkei gegenüber ISIS und geplanten
Waffenlieferungen an kurdische Milizen im Irak**



Zur Haltung der Türkei gegenüber ISIS und geplanten Waffenlieferungen an kurdische Milizen im Irak

Verfasser: [REDACTED]
Aktenzeichen: WD 2 - 3000 - 152/14
Abschluss der Arbeit: 28. August 2014
Fachbereich: WD 2: Auswärtiges, Völkerrecht, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Verteidigung, Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Telefon: [REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Einführung	4
2.	Grundsätzliche Positionierung der türkischen Regierung in der aktuellen Situation	4
2.1.	Türkische Geiseln in der Hand der ISIS	4
2.2.	Haltung der türkischen Regierung zu Vorwürfen, die Türkei unterstütze ISIS	5
3.	Haltung der Türkei zu Waffenlieferungen an kurdische Milizen	6
3.1.	Waffenlieferungen an die irakisch-kurdischen Peschmerga	6
3.2.	Waffenlieferungen an die PKK	6
4.	Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung	7
5.	Anlagenverzeichnis	8

1. Einführung

Die vorliegende Arbeit dokumentiert Medienberichte und Stellungnahmen internationaler Organisationen hinsichtlich der Haltung der Türkei zu den geplanten Waffenlieferungen verschiedener Staaten an kurdische Milizen, insbesondere die Peschmerga im Irak, mit deren Hilfe gegen die Milizen des „Islamischen Staates im Irak und Großsyrien“ (ISIS)¹ vorgegangen werden soll. Desweiteren werden anhand aktueller Medienberichte die Vorwürfe gegenüber der Türkei, sie selbst unterstütze ISIS, dargelegt und ein Versuch der Deutung der Position der türkischen Regierung zu diesen Vorwürfen unternommen. Ebenso enthält die Arbeit Artikel, die in jüngster Zeit zur aktuellen Kurdenpolitik der türkischen Regierung erschienen sind.

Zentraler Punkt in Hinblick auf die Haltung und die Äußerungen der türkischen Regierung zu ISIS ist die Tatsache, dass sich noch immer **49 Angehörige des türkischen Generalkonsulates in Mosul in der Gewalt der ISIS** befinden. Die Geiselnahme wird in unterschiedlichen Artikeln immer wieder als **Grund für den auffallenden Mangel an offiziellen Verlautbarungen** zu ISIS und deren Vormarsch im Irak und in Syrien sowie der Bewaffnung kurdischer Milizen genannt.

2. Grundsätzliche Positionierung der türkischen Regierung in der aktuellen Situation

2.1. Türkische Geiseln in der Hand der ISIS

Nach zahlreichen Berichten internationaler Medien wurden am 10. Juni 2014 49 Angehörige des türkischen Generalkonsulates in der nordirakischen Stadt Mosul von Kämpfern der ISIS entführt und als Geiseln genommen, darunter auch der Generalkonsul Öztürk Yılmaz. Die türkische Regierung, die sich unmittelbar nach Bekanntwerden der Geiselnahme noch kämpferisch gegeben hatte (**Anlage 1**), spielte die Bedeutung der Geiselnahme wenige Tage später deutlich herunter und verneinte sogar, dass es sich überhaupt um eine Geiselnahme handele, so ein Bericht des Portals Al-Monitor: Diese, so Vize-Außenminister Naci Korum, läge erst dann vor, wenn ISIS Bedingungen für die Freilassung der Diplomaten und ihrer Angehörigen stelle. Am 15. Juni kritisierte Premierminister Erdoğan die türkische Opposition und die Medien dafür, die Geiselnahme überhaupt zu thematisieren – dies könne ISIS provozieren und die etwa einhundert türkischen Staatsbürger, die sich nach seinen Angaben zu diesem Zeitpunkt in der Gewalt ISIS' befunden haben, gefährden (**Anlage 2**).

Ebenfalls auf Al-Monitor wird über den Fortgang der Lage berichtet: Am 16. Juni verhängte ein Gericht in Ankara auf Ersuchen der türkischen Regierung eine Nachrichtensperre in der Angelegenheit, die allen türkischen Medien bei Strafe verbietet, über die Geiselnahme zu berichten. Während die republikanische Oppositionspartei CHP gegen die Anordnung klagte, zeigten Vertreter anderer Oppositionsparteien Verständnis für das Vorgehen der Regierung, darunter auch der MHP-Parlamentarier Sinan Oğan, der im Parlament in Ankara noch am Tage vor der Geiselnahme die Regierung zu sofortigem Handeln anlässlich der damals schon bestehenden Einkreisung des türkischen Generalkonsulates in Mosul durch ISIS-Kämpfer

¹ In dieser Arbeit wird die Abkürzung ISIS („Islamic State in Iraq and Shams“ (al-Shams: historische arabische Bezeichnung für Großsyrien)) benutzt, da es sich um den in Deutschland bislang gebräuchlichsten Begriff für diese Organisation handelt. ISIL („Islamic State in Iraq and the Levant“) sowie seit Ausrufung des „Kalifats“ IS („Islamic State“) werden in einigen der Quellen benutzt, sind aber als synonym zu betrachten.

aufgefordert hatte. Anlässlich der Geiselnahme wurde in Medienberichten die ganz grundsätzliche und sehr auffällige verbale Zurückhaltung der türkischen Regierung in Hinblick auf ISIS thematisiert: Zitiert werden hierzu sowohl einzelne türkische Oppositionspolitiker wie auch Erdoğan selbst und verdeutlicht, dass selbst die Bezeichnung der Situation im Mittleren Osten als „Schlamassel“ (im engl. Originaltext: quagmire) durch Oppositionspolitiker bei Erdoğan auf heftige Ablehnung stieß. Hauptbeweggrund hierfür schein die Angst der türkischen Regierung zu sein, ISIS zu provozieren (**Anlage 3**).

Am 2. August 2014 berichtete die englische Internetausgabe der Zeitung Hürriyet über eine laut Verteidigungsminister İsmet Yılmaz unmittelbar bevorstehende Freilassung der 49 Geiseln (**Anlage 4**).

Diese erfolgte bis dato jedoch nicht. In Today's Zaman vom 10. August verneint İsmet Yılmaz unter Hinweis auf die Geiseln jede türkische Unterstützung der amerikanischen Luftschläge gegen ISIS im Irak. (**Anlage 5**). In derselben Zeitung dementiert die türkische Regierung am 21. August, es gäbe eine Übereinkunft mit der ISIS, die Geiseln im Gegenzug für die Überlassung der türkischen Exklave in Syrien (Caber Kalesi, das Grab von Süleiman Schah auf einer Halbinsel im Euphrat) freizulassen. Auch dabei wurde von Seiten der Regierung betont, dass es unverantwortlich und ein „Mißbrauch der Pressefreiheit“ sei, über die Geiselnahme zu berichten. (**Anlage 6**).

2.2. Haltung der türkischen Regierung zu Vorwürfen, die Türkei unterstütze ISIS

Die Vorwürfe, die Türkei unterstütze islamistische Milizen in ihren Nachbarländern im allgemeinen und ISIS im besonderen, entzündeten sich in erster Linie an der harten Haltung der Regierung Erdoğan gegenüber dem syrischen Machthaber Assad. Die Türkei machte von Beginn des Syrienkrieges an keinen Hehl aus ihrer Unterstützung der Rebellen und bemühte sich frühzeitig, syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Dabei unterstütze sie jede Gruppe, die gegen Assad kämpfte, etwa durch freies Geleit, dem Angebot sicherer Rückzugsmöglichkeiten und medizinische Behandlung, wie ein Bericht der Washington Post vom 12. August beschreibt (**Anlage 7**). Sicher ist, dass die Türkei gewisse, der ISIS nahestehende Organisationen duldet und auf Nachfragen hierzu entweder schweigt oder ausweichend reagiert, wie die taz am 11. Juli 2014 berichtet (**Anlage 8**). Ebenso gesichert ist, dass die Türkei Haupttransitland von Dschihadisten aus westlichen und nordafrikanischen Ländern in die Konfliktgebiete der Nachbarländer ist und dass ebenso Waffen über die Türkei geschmuggelt werden, wie die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drs.-Nr. 18/784, Fragen 31 – 35) vom 7. April 2014 zeigt (**Anlage 9**).

Einige türkische Oppositionspolitiker haben in der Vergangenheit der Regierung ausdrücklich den Vorwurf gemacht, die Türkei unterstütze ISIS-Kämpfer durch freies Geleit, medizinische Behandlung und Waffen, so etwa der Vorsitzende der CHP, Kemal Kilicdaroglu, auf einer Fraktionssitzung am 17. Juni 2014. Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der MHP, Devlet Bahçeli. (**vgl. Anlage 3**).

In der Zeitung Today's Zaman wird der Vorwurf erhoben, die AKP, bzw. die Regierung Erdoğan, habe es in ihrer zum einen vom politischen Islam, zum anderen in ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zu Assad geprägten Haltung versäumt, sich rechtzeitig von ISIS zu distanzieren und

ihr und ihren Verbündeten zu lange Hilfe gewährt zu haben, weshalb die auffallende verbale Zurückhaltung der Regierung zu ISIS auch ein Verschweigen eigener außenpolitischer Fehler sei. (**Anlage 10**).

Zuletzt äußerte PKK-Funktionär Cemil Bayik, die Türkei gestatte ISIS-Kämpfern, über ihr Territorium nach Syrien und in den Irak zu gelangen (**Anlage 11**).

In einem Artikel der regierungsnahen Zeitung Sabah vom 27. August 2014 wird darauf hingewiesen, dass es bisher keinerlei Beweise für eine Unterstützung von ISIS durch die türkische Regierung gäbe, dass die ISIS offiziell als Terrororganisation eingestuft worden sei, dass die Grenzen zu Syrien ohnehin und ausdrücklich offen (für Flüchtlinge aus Syrien und für gegen Assad kämpfende Rebellen, aber selbst für die medizinische Versorgung von verletzten syrischen Regierungssoldaten) seien und dass es sich bei zahlreichen ISIS-Angehörigen um Bürger westlicher Staaten handle. Der Artikel geht auch auf Vorwürfe des amerikanischen Journalisten David L. Philips ein, es gebe Verbindungen zwischen der Familie Erdoğan und der islamischen Hilfsorganisation IHH (in Deutschland wegen ihrer Unterstützung dschihadistischer Gruppen verboten), und verweist auf das Dementi von Erdoğan's Rechtsanwalt (**Anlage 12**). Der Artikel von Philips, ursprünglich erschienen auf bei CNBC, läßt sich aktuell nur noch auf einer Webseite assyrischer Christen, aber nicht mehr auf der von CNBC auffinden (**Anlage 13**).

Das Schweigen bzw. ihre Zurückhaltung in Hinblick auf ISIS wird von der türkischen Regierung mit Rücksichtnahme auf die 49 türkischen Geiseln begründet – Außenminister Davutoğlu bezeichnete laut Hürriyet Daily News gar jeden Versuch, die türkische Regierung zu einer klaren Verurteilung von ISIS zu bewegen, als Verrat (**Anlage 14**). Erst in den letzten Wochen wird von einer härteren Haltung der Türkei gegenüber möglichen ISIS-Kämpfern, bzw. deren Transit durch türkisches Gebiet nach Syrien und Irak, berichtet (**s. Anlage 7**).

Ein deutliches und eindeutiges Statement der türkischen Regierung zu ISIS wie auch zu den Vorwürfen, sie unterstütze ISIS, gibt es bis dato nicht.

3. Haltung der Türkei zu Waffenlieferungen an kurdische Milizen

3.1. Waffenlieferungen an die irakisch-kurdischen Peschmerga

Über die geplanten Waffenlieferungen an die irakisch-kurdischen Peschmerga-Milizen gibt es keine direkten Erklärungen der türkischen Regierung. In einem Artikel der Deutschen Welle wird zu dieser Frage ein türkischer Experte zitiert. Das Verhältnis zwischen Türkei und kurdischer Regionalregierung sei gut und die türkische militärische Übermacht prinzipiell gesichert. Dementsprechend habe die Türkei kein grundsätzliches Problem mit der Bewaffnung der Peschmerga (**Anlage 15**). Ähnlich äußerte sich Jabar Yawar, Chef der Peschmerga, in einem Interview mit dem kurdischen Portal Rüdaw am 27. Juli 2014 zu seiner Teilnahme an Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und der irakisch-kurdischen Regionalregierung: das Verhältnis der türkischen Regierung zur kurdischen Regionalregierung in Kirkuk sei gut und man habe gemeinsame Interessen. (**Anlage 16**).

3.2. Waffenlieferungen an die PKK

Waffenlieferungen an die PKK werden auch in Deutschland kontrovers (und sowohl in der Opposition als auch in der Koalition nicht immer entlang der Parteilinien) diskutiert: von der

Bundeskanzlerin und dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, Hans-Peter Bartels (SPD), werden sie in der FAZ am 24. August abgelehnt (**Anlage 17**), einige Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, so Fraktionsvizechef Andreas Schockenhoff, teilen diese Auffassung nicht (**Anlage 18**). Die türkische Regierung hat sich hierzu noch nicht geäußert.

4. Die Kurdenpolitik der AKP-Regierung

In einer Studie für das GIGA-Institut vom November 2012 analysiert Gülistan Gürbey die Politik der AKP gegenüber der kurdischen Minderheit in der Türkei. Sie kommt zu dem Schluss, daß die Politik der Regierung trotz diverser positiver Schritte und Äußerungen noch keine Abkehr von den Grundsätzen der bisherigen Haltung türkischer Regierungen bedeute: auch die AKP folge dem Primat eines „rigiden türkischen Nationalismus“. Ihre „neo-osmanische“ Kulturpolitik und der Rekurs auf die islamische Identität unterschieden sich zwar von den Vorgängerregierungen kemalistischer Prägung, seien aber in Hinblick auf die Kurdenpolitik funktional identisch, da auch sie Rechte von Minderheiten primär als Risiko für die nationale Einheit und Identität der Türkei sähen. Auch die AKP-Regierung sehe den Einsatz des Militärs weiterhin als legitimen Teil der Politik gegenüber dem kurdischen Nationalismus, da auch sie diesen in erster Linie als Sicherheitsproblem betrachte. Die kulturellen Eigenheiten der kurdischen Minderheit würden zwar wohlwollender betrachtet, ein Paradigmenwechsel sei aber nicht erkennbar (**Anlage 19**).

Schon wenige Monate später, im März 2013, stellt sich die Situation laut einem Artikel der ZEIT deutlich anders dar: nach der Aufnahme direkter Gespräche mit dem inhaftierten PKK-Chef Öcalan und dessen Aufruf an die PKK, die Waffen ruhen zu lassen und sich aus dem Gebiet der Türkei zurückzuziehen, habe sich die Lage grundsätzlich verändert. Dabei verfolge Premierminister (damals) Erdoğan auch das Ziel, durch eine sanftere Kurdenpolitik die Unterstützung kurdischer Wähler für die AKP zu gewinnen und sich so die nötige Mehrheit für einen Umbau der türkischen Verfassung zu sichern (**Anlage 20**).

Grundsätzlich positiv bewertet der Fortschrittsbericht Türkei 2013 der Europäischen Kommission vom Oktober 2013 den Friedensprozess sowie die von der Regierung geplanten Verbesserungen der Minderheitenpolitik (**Anlage 21**).

Zu einem gänzlichen anderen Schluss als Gürbey kommt dann 2014 ein Artikel der Deutschen Welle am 30. Juni. Nach der Aufhebung der kurdischen Sprachverbote und den anhaltenden Verhandlungen mit Öcalan habe die türkische Regierung die „kurdische Realität“ anerkannt. Dabei habe Erdoğan nicht nur die kurdischen Wähler im Blick, sondern über die Türkei hinaus etwa die relativ stabile Kurdenprovinz im Nordirak, die mit ihrem Ölreichtum für die Türkei auch wirtschaftlich interessant sei (**Anlage 22**). Die kurdische Regionalregierung im Irak wiederum sieht die Regierung der AKP wohlwollend – in einem Kommentar des kurdisch-irakischen Medienportals Rüdaw wird den türkischen Kurden empfohlen, Erdoğan zu wählen (**Anlage 23**).



5. Anlagenverzeichnis

Yeginsu, Ceylan (2014): Militants storm Turkish consulate in Iraqi city, taking 49 people as hostages, New York Times vom 11. Juni 2014, http://www.nytimes.com/2014/06/12/world/middleeast/militants-seize-turkish-consulate-staff-in-mosul.html?_r=0 (letzter Zugriff am 27. August 2014).

Anlage 1

Daloğlu, Tulin (2014): Turkey now says no hostage crisis in Mosul, Al-Monitor am 16. Juni 2014, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/06/daloglu-isis-turkey-hostages-iraq-syria-consulate-al-qaeda.html> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 2

Daloğlu, Tulin (2014): Turkish media banned from reporting on Mosul hostage crisis, Al-Monitor am 18. Juni 2014, <http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2014/06/daloglu-media-mosul-hostages-isis-erdogan-iraq-consulate.html> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 3

Hürriyet Daily News (2014): Turkish hostages held by ISIL in Mosul 'soon to be released', Hürriyet Daily News am 2. August 2014, <http://www.hurriyetdailynews.com/turkish-hostages-held-by-isis-in-mosul-soon-to-be-released.aspx?PageID=238&NID=69888&NewsCatID=341> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 4

Today's Zaman (2014): Turkey dismisses support for US airstrike on IS, cites hostage crisis, Today's Zaman am 10. August 2014, http://www.todayszaman.com/diplomacy_turkey-dismisses-support-for-us-airstrike-on-is-cites-hostage-crisis_355196.html (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 5

Today's Zaman (2014): FM denies that ISIL, Turkey agreed to trade territory for hostages, Today's Zaman am 21. August 2014, http://www.todayszaman.com/diplomacy_fm-denies-that-turkey-isis-agreed-to-trade-territory-for-hostages_356279.html (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 6

Faiola, Anthony, und Mekhenet, Souad, (2014): In Turkey, a late crackdown on Islamist fighters, Washington Post am 12. August 2014, http://www.washingtonpost.com/world/how-turkey-became-the-shopping-mall-for-the-islamic-state/2014/08/12/5eff70bf-a38a-4334-9aa9-ae3fc1714c4b_story.html (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 7

Gottschlich, Jürgen (2014): Extremismus in der Türkei: ISIS-Fahnen in Istanbul, taz am 11. Juli 2014, <http://www.taz.de/!142153/> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 8

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Kunert, Kathrin Vogler, Jan Korte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Bilanz und sicherheitspolitische Rahmenbedingungen der NATO-Operation Active Fence Turkey, 7. April 2014, Drucksache **18/1087**.

Anlage 9

Aksoy, Murat (2014): US operations against ISIL, Turkey's silence, Today's Zaman vom 14. August 2014, <http://www.todayszaman.com/op-ed-us-operation-against-isil-turkeys-silence-355624.html> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 10

FAZ (2014): Kampf gegen Dschihadisten: Auch die PKK will Waffen aus Deutschland, FAZ am 22. August 2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/kampf-gegen-dschihadisten-auch-die-pkk-will-waffen-aus-deutschland-13112035.html> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 11

Mehmet Solmaz (2014): Turkey continues to be target of blatant 'aiding ISIS' allegations, Daily Sabah am 27. August 2014, <http://www.dailysabah.com/politics/2014/08/27/turkey-continues-to-be-target-of-blatant-aiding-isis-allegations> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 12

David L. Philips (2014): Why is Turkey supporting Islamic State fighters in Iraq ?, auf <http://www.aina.org/news/20140813142033.htm> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 13

Hürriyet Daily News (2014): Turkish opposition attacks FM Davutoglu for 'destructive regional policy', auf <http://www.turkishweekly.net/news/170099/turkish-opposition-attacks-fm-davutoglu-for-destructive-regional-policy.html> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 14

Gorzewski, Andreas (2014): Waffen für die Peschmerga verändern Kräfteverhältnis, DW am 13. August 2014, <http://www.dw.de/waffen-f%C3%BCr-die-peschmerga-ver%C3%A4ndern-kr%C3%A4fteverh%C3%A4ltnis/a-17849760> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 15

Rüdaw (2014): Peshmerga spokesman: Turkey talks were about solution in Iraq, RUDAW am 27. Juli 2014, <http://rudaw.net/english/interview/27072014> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 16

FAZ (2014): Merkel: „Keine Waffen für die PKK“, FAZ am 24. August 2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-ueber-ruestungsexporte-merkel-keine-waffen-fuer-die-pkk-13114372.html> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 17

Wehner, Markus (2014): Waffen für die Terrortruppe?, FAZ am 23. August 2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/diskussion-ueber-ruestungsexporte-waffen-fuer-die-terrortruppe-13113186.html> (zuletzt abgerufen am 28. August 2014).

Anlage 18

Gürbey, Gülistan (2012): Die türkische Kurdenpolitik unter der AKP-Regierung: alter Wein in neuen Schläuchen ?, GIGA Focus Nummer 11, 2012, http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_nahost_1211.pdf (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 19

Thumann, Michael (2013): Erdoğan's großer Kurden-Deal, DIE ZEIT am 21. März 2013, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2013-03/kurden-autonomie-oecalan-erdogan> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 20

Europäische Kommission (2014): Progress Report Turkey 2013 (Seite 15), Europäische Kommission am 16. Oktober 2013, http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/brochures/turkey_2013.pdf (zuletzt abgerufen am 28. August 2014).

Anlage 21

Seibert, Thomas (2014): Ankara entdeckt die kurdische Realität, DW am 30. Juni 2014, <http://www.dw.de/ankara-entdeckt-die-kurdische-realit%C3%A4t/a-17746052> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 22

Golpy, Osamah (2014): Kurds should vote for Erdogan, Rüdaw am 25. Juli 2014, <http://rudaw.net/english/opinion/25072014> (zuletzt abgerufen am 27. August 2014).

Anlage 23